

Schulstreik: Weitere Aktionen nötig - Aktionskomitees wählen!



- **Kinder und Jugendliche schützen statt die Profite der Unternehmen!**
- **Abschlussprüfungen an die außergewöhnlichen Belastungen anpassen!**
- **Schüler/innen, Lehrpersonal und Eltern sollten gemeinsam demokratisch über Schutzmaßnahmen entscheiden können!**
- **Labors, Gesundheitssektor und Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung!**
- **Ausbau der Testkapazitäten auch in den Bundesländern!**

Die Regierung hat beschlossen mit der Omikron-Variante auf Durchseuchung zu setzen - ohne dies offen zu sagen. Teil dieses Konzept ist, dass die Schulen offen bleiben unter dem Vorwand dass dies im Interesse der Schüler/innen sei. Gefragt wurden die Schüler/innen aber nicht. Natürlich sind Schulschließungen und Distance Learning eine große Belastung für Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen. Aber Fakt ist: Schüler/innen, Eltern und Lehrpersonal sollten gemeinsam demokratisch entscheiden können, wie die Schulen sicher gemacht werden können, die Regierung muss dafür dann die Mittel zur Verfügung stellen. Die Testinfrastruktur in Wien ist nach wie vor in Österreich die Ausnahme - auch in den restlichen Bundesländern muss die Testkapazität ausgebaut werden. Auch Luftfilter stehen bis jetzt nur in einigen Schulen zur Verfügung. Die Situation ist natürlich unterschiedlich - in der AHS-Oberstufe sind mehr Schüler/innen geimpft als in der Volksschule. Die Gefährdung ist dort daher auch höher.

Außergewöhnliche Belastung für Schüler/innen

Die Schüler/innenvetretung fordert zu Recht Erleichterungen bei der Matura, da auch der heurige Maturajahrgang wie die beiden vorangehenden während der Pandemie unter großen Belastungen standen - sie mussten mit zwei Jahren Pandemie bereits unter eingeschränktem Unterricht leiden. Die Elternvertreter/innen fordern eine Berücksichtigung der Situation für die vierten Klassen, die nun vor dem Aufstieg in die weiterführenden Schulen stehen. Hier zeigt sich einmal mehr dass eine echte Gesamtschule mehr als nötig wäre um den Leistungsdruck in den Volksschulen zu erleichtern.

Nächste Schritte: Protestversammlungen und Aktionskomitees

Der Warnstreik am 18.1. war ein guter erster Schritt, um Schüler/innen und ihre Anliegen hörbar und sichtbar zu machen. Vielen war aber klar, dass ein echter Streik nötig sein würde. Es gab am 18.1. nur vereinzelt Kundgebungen vor Schulen, es war sehr unterschiedlich ob nur eine Stunde oder der ganze Vormittag bestreikt würde. Es gab keine gemeinsame Demonstration. Aufgerufen worden waren nur die Oberstufen. Ein Schulstreik muss an den Schulen gut organisiert sein. Es braucht im Zuge des Streiks Protestversammlungen an den Schulen, um weitere Schritte zu beraten. Dabei sollten Aktionskomitees gewählt werden, die mit der Vorbereitung der nächsten Schritte betraut werden könnten. Gleichzeitig braucht es eine schulübergreifende Koordinierung der gewählten Vertreter/innen - wie jene der

Plattform der Schulsprecher/innen. Diese sollten nächste Streikaktionen dahingehend planen, dass zentrale Demonstrationen möglich sind - und gleichzeitig Sicherheitsvorkehrungen für den Schutz der Gesundheit der Schüler/innen getroffen werden. Es sollte auf den Demonstrationen generell Maskenpflicht herrschen. Man könnte auch überlegen ob man sich nur für eine kürzere Zeitspanne trifft. Gleichzeitig ist die Ansteckungsgefahr im Freien immer noch geringer als in den Klassen, wo Schüler/innen auf engstem Raum zusammensitzen müssen.

Straße zurückerobern

Im Oktober gab es einiges an Kämpfen - Kindergärten, Schulen, Gesundheitsbereich. Kurz und Blümel sind zurückgetreten. Nachgekommen ist aber nicht wirklich etwas besseres. Die Regierung ist im Moment sehr schwach und kann zu Zugeständnissen gezwungen werden. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage nach einer politischen Alternative zu den etablierten Parteien sowie zu Projekten wie der MFG, die so tut als ob sie diese Alternative wäre aber nicht ist.

Welche politische Alternative brauchen wir?

Es ist immer noch unklar, wie lange die Regierung sich halten wird. Wir haben mit allen anderen Parteien unsere Erfahrungen gemacht, die nur das bestehende System verwalten. Wir brauchen eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum kapitalistischen System, das immer wieder zu Krisen führt, die dann auf unserem Rücken ausgetragen werden. Die KPÖ Graz und die LINKS Wien sowie die Linke im Allgemeinen sollten eine Initiative setzen, um die stattfindenden Kämpfe in Schritte in Richtung einer neuen Partei zu kanalisieren. Ein solches Wahlbündnis wäre ein konkreter Schritt nach vorne und ein Weg, um zu versuchen, die Unterstützung derjenigen zu gewinnen, die sich an Kämpfen beteiligt haben, und einige derjenigen zu aktivieren, die in letzter Zeit „links“ gewählt haben.

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Committee for a Workers' International“ (CWI). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Werde mit uns aktiv darin, eine Bewegung und Unterstützung für sozialistische Ideen aufzubauen. Kontaktiere uns, wenn du mit uns diskutieren oder weitere Infos möchtest.